

12./V. 1917

196

Sonnabend, 12. Mai 1917

Zeitung

gelehrten Sachen

M. 2.70 bei tägl. zweimalig. Zustellung. Durch die Post monatl. M. 2.50 blühr. Anzeigen: 80 Pf. die Zeile, Stellengesuche 50 Pf., Stellenangebote Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. — Annahme Lochstr. 22-26, und in allen Geschäftsstellen des Verlages Ullstein & Co

Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co, Moritzplatz 11 800, 11 801 bis 11 850, 15 280, 15 281 bis 15 291. Zentrum 8690

Mazedonien.

Unsere Kriegsziele.

Wir vermeiden im allgemeinen grundsätzlich, ins einzelne gehende Polemiken mit anderen Zeitungen. Wir sagen unsere Ansichten über die Fragen, die uns wichtig erscheinen. Und wir bringen zustimmende oder entgegenstehende Auffassungen anderer Blätter von Bedeutung unseren Lesern zur Kenntnis, ohne nun jede Abweichung zum Anlaß einer weitläufigen Auseinandersetzung zu machen. Die Leserschaft der „Bosnischen Zeitung“ ist in der Lage, sich aus dem Material, das wir ihr bieten, ein Urteil zu bilden und die Berechtigung oder Nichtberechtigung der in unseren Artikeln niedergelegten Auffänge zu erkennen, wie ja überhaupt die Aufgabe einer Zeitung für gebildete Leser nicht darin besteht, geistig zu vergewaltigen, sondern zu eigenen Urteilen anzuregen.

Wenn wir heute einmal von unserer Gepflogenheit abweichen, und die nachfolgenden Darlegungen der „Frankfurter Zeitung“ ausführlich kommentieren, so geschieht das wesentlich deshalb, weil sie nach verschiedener Richtung hin kennzeichnend sind für die Methoden, die neuerdings bei der Kriegsziel-Diskussion angewandt werden. Das Frankfurter Blatt schreibt im Anschluß an unseren leitenden Artikel in der letzten Montagsausgabe:

„Die Gedankenverbindung — im Osten Verzicht auf alle Erwerbungen, im Westen Weiterführung des Krieges mit dem Vorbehalt fernerer „punischer“ Kriege gegen England, deren vorfristmäßige Anzahl uns die alldeutschen Philologen mitteilen werden — verrät sich in der Presse, die dafür in Betracht kommt, schon recht deutlich. In der „Bosnischen Zeitung“ ermahnt Herr Georg Bernhard den Kanzler, dem er übrigens sein Mißtrauen nicht verhehlt, Rußland gegenüber von jeder Erwerbsabsicht zurückzutreten. Beileibe nicht auch dem Westen gegenüber; das wäre „unflug, unpolitisch oder voreilig“. Dagegen ist es „nicht nur klug, sondern geradezu notwendig, den Russen Klarheit über unser Wollen zu verschaffen“. Der Verfasser „dankt“ für die Einverleibung Irlands, denn nur England würde sich darüber freuen und das dortige Letztentum würde „durch englische Aufwiegelung“ eine höchst gefährliche Präzedenza bilden. Hier darf man sich die Frage erlauben, wie denn wohl die Präzedenza in einem annektierten Belgien aussehen würde, zumal die englische Aufwiegelung ja auch in diesem Lande einigen Spielraum hätte. „Englands Ziele“, heißt es weiter in dem Artikel, „sind nicht unsere Ziele, und was nach dem Westen hin ausgeschlossen sein muß, kann uns gegenüber unserem östlichen Nachbar als Gebot politischer Vorsorglichkeit erscheinen. Deshalb aber müssen wir Rußland schleunigt und bestimmt Klarheit darüber verschaffen, daß es durch die Verständigung mit uns keine Verringerung seines Staatsgebietes, sondern im Gegenteil den finanziellen Wiederaufbau und die wirtschaftliche Erleichterung zu erwarten hat.“ Jemlich unwerthlich zeigt sich hier die Tendenz, mit Rußland einen „Sonderfrieden“ zu schließen, um im Westen den Frieden diktieren zu können. Diese Tendenz tritt nicht zum ersten Male während des Krieges hervor, und wir glauben, daß sie dieses Mal ebenso zum Mißerfolg verurteilt ist wie früher, daß sie aber ferner die Friedensneigungen, die jetzt in Rußland bestehen, in gefährlicher Weise schwächen kann. Denn die russischen Demokraten wollen einen allgemeinen Frieden, nicht aber einen, der alldeutschen Industriepolitikern genehm sein mag. Merkt man in Petersburg und Moskau, daß die Friedensströmung in diesem Sinne benutzt werden soll, so kann ein Rückschlag eintreten, der eine sicherlich vorhandene günstige Entwicklung wieder zunichte macht. Auch das in der genannten Zeitung angeführte Argument, daß der Reichskanzler sich durchaus in der von ihr gewünschten Weise erklären müsse, weil die Wiener Politik dahin gehe, vermag nicht zu überzeugen. „Oesterreich-Ungarn hat gesprochen, und wir müssen die Folgerungen daraus ziehen. Deshalb schweigen wir, nachdem Graf Czernin seine Friedensziele enthüllt hat?“ Nun, das ist denn doch eine reichlich kategorische Form der Darstellung, der widersprochen werden muß. So, wie Deutschland keinen Schritt tut, ohne die Interessen seiner Verbündeten im Auge zu behalten und deren Einverständnis zu besitzen, so halten es uns gegenüber unsere Bundesgenossen und nicht in letzter Linie die österreich-ungarische Regierung. Der Telegrammwechsel zwischen Herrn von Bethmann Hollweg und dem Grafen Czernin hat soeben wieder „das vollste Einverständnis“ zwischen beiden Staatsmännern und beiden Reichen vor aller Welt hergestellt. Aber mehr als ein solcher offizieller Vorgang spricht die Natur der Dinge für dieses Einverständnis. Nichts kann so selbstverständlich sein, als daß nächst den Lebensinteressen des deutschen Volkes diejenigen der österreichisch-ungarischen Monarchie der Regierung des